

Bundesgesetzblatt ¹

Teil II

Z 1998

1995

Ausgegeben zu Bonn am 11. Januar 1995

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
5. 1. 95	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. April 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die Seeschifffahrt GESTA: XJ27	2
11. 11. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich von Regelungen nach dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	9
30. 11. 94	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und dem Department of Energy der Vereinigten Staaten über den Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet	18
6. 12. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-albanischen Abkommens über den zivilen Luftverkehr	22
6. 12. 94	Bekanntmachung des deutsch-paraguayischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	23
6. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ..	25
6. 12. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-georgischen Abkommens über den Luftverkehr ..	25
6. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16 der Internationalen Arbeitsorganisation über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen	26
6. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über Behälter	27
6. 12. 94	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Indonesien	27
8. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	28
8. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Stellenvermittlung für Seeleute	28
8. 12. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-schwedischen Steuerabkommens	29
9. 12. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle	29
9. 12. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen	30

Gesetz
zu dem Abkommen vom 5. April 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Lettland
über die Seeschifffahrt

Vom 5. Januar 1995

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Riga am 5. April 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 5. Januar 1995

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Lettland
über die Seeschifffahrt

Nolīgums
starp Vācijas Federatīvās Republikas Valdību
un Latvijas Republikas Valdību
par jūras kuģniecību

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Lettland –

Vācijas Federatīvās Republikas Valdība

un

Latvijas Republikas Valdība,

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Lettland das Ministerium für Schifffahrtsangelegenheiten und die ihm nachgeordneten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischereifahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern.

vēloties nodrošināt līdzsvarotu jūras kuģniecības attiecību attīstību starp Vācijas Federatīvo Republiku un Latvijas Republiku, kas balstītos uz abpusējām šo valstu interesēm un brīvu ārējo tirdzniecību starp tām, kā arī iespēju robežās padziļināt starptautisko sadarbību šajā jomā, un pārliecībā, ka abpusēja preču apmaiņa būs saistīta ar efektīvu servisa pakalpojumu apmaiņu,

vienojas par sekojošo:

1. pants

Terminu skaidrojums

Šajā nolīgumā ar terminu

1. „atbildīgā kuģošanas iestāde“ apzīmē:
 - a) Federālo Satiksmes Lietu ministriju un tai pakļautās iestādes Vācijas Federatīvajā Republikā;
 - b) Jūras Lietu ministriju un tai pakļautās iestādes Latvijas Republikā.
2. „Līgumslēdzējas Puses kuģis“ nozīmē jebkuru kuģi, kuram, saskaņā ar šīs Līgumslēdzējas Puses valsts tiesiskajām normām ir šīs valsts karogs un kas atbilstoši tās likumiem ir norādīts reģistrā. Šis termins neattiecas uz kara kuģiem un zvejas kuģiem. Ņemot vērā 2., 5., 8., 9., 10., 12., 13., 14. un 15. panta darbību, par „Līgumslēdzējas Puses kuģi“ tiek uzskatīts arī jebkurš kuģis ar kādas citas valsts karogu, ko izmanto vienas Līgumslēdzējas Puses kuģniecības uzņēmums.
3. „Līgumslēdzējas Puses kuģniecības uzņēmums“ apzīmē transportuzņēmumu, kas izmanto jūras kuģus un kurš reģistrēts šīs Līgumslēdzējas Puses teritorijā un kas, saskaņā ar savas valsts tiesiskajām normām tiek atzīts par kuģniecības uzņēmumu.
4. „komandas loceklis“ apzīmē kapteini un jebkuru personu, kurai brauciena laikā uz kuģa jāveic noteikti uzdevumi un pienākumi un kuras vārds ir iekļauts kuģa apkalpes sarakstā.

2. pants

Satiksmes brīvība

1. Līgumslēdzējas Puses savstarpēji vienojas veicināt jūras satiksmes attīstību starp abām valstīm.

Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Waren sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren beteiligen. Die von Seeschiffsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, vor allem aus dem Übereinkommen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen, und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Praktische Einzelheiten, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, sind durch die am bilateralen Verkehr beteiligten Seeschiffsunternehmen, die der betreffenden Linienkonferenz angehören, zu regeln.

(3) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Meeresschutz und über den Transport gefährlicher Güter zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung von Agenturtätigkeiten entsprechend den Gesetzen, die auf seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

Artikel 6

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstlei-

Täs atturēšies no jebkuriem pasākumiem, kas varētu traucēt brīvai starptautiskajai jūras satiksmei, kā arī abu Līgumslēdzēju Pušu kuģniecības uzņēmumu neierobežotai dalībai, pārvadājot preces to abpusējās ārējās tirdzniecības ietvaros, kā arī, kas varētu traucēt jūras satiksmei starp attiecīgo valsti un jebkuru citu valsti.

2. Katras Līgumslēdzējas Puses kuģiem ir tiesības izmantot starptautiskajai tirdzniecības satiksmei atklātās abu Līgumslēdzēju Pušu ostas, kā arī pārvadāt pasažierus un preces starp Līgumslēdzējām Pusēm, kā arī starp katru no tām un jebkuru citu valsti.

3. Jūras kuģniecības uzņēmumi no jebkuras citas valsts, kā arī kuģi ar jebkuras citas valsts karogu bez ierobežojumiem var piedalīties preču pārvadāšanā, kuru apmaiņa notiek divpusējās ārējās tirdzniecības ietvaros starp Līgumslēdzējām Pusēm. Kuģiem, kurus ir nofraktējuši Līgumslēdzēju Pušu kuģniecības uzņēmumi, ir tādi paši atvieglojumi, kā gadījumā, ja tiem būtu vienas Līgumslēdzējas Puses karogs.

3. pants

Starptautiskās saistības

1. Šis nolīgums neskar citās starptautiskās vienošanās noteiktās saistības, ko noslēgušas Līgumslēdzējas Puses, īpaši 1974. gada 6. aprīļa vienošanos par Līnijkonferenču rīcības kodeksu un it īpaši tas neattiecas uz saistībām, ko Vācijas Federatīvā Republika pilda kā Eiropas Kopienas locekle.

2. Praktiskās detaļas, kas izriet īstenojot vienošanos par Līnijkonferenču rīcības kodeksu, jākārt šīm līnijkonferencēm piederošajiem un abpusējā satiksmē iesaistītajiem jūras kuģniecības uzņēmumiem.

3. Abas Līgumslēdzējas Puses centīsies panākt attiecīgo starptautisko vienošanos par kuģu drošību, jūmieku sociālajiem apstākļiem, jūras vides aizsardzību un bīstamu kravu transportu ratificēšanu.

4. pants

Jūras Kuģniecības uzņēmumu nediskriminēšana

Abas Līgumslēdzējas Puses starptautiskajā jūras satiksmē neveic nekāda veida diskriminējošu rakstura darbību, kas kaitē Līgumslēdzējas Puses jūras kuģniecības interesēm vai arī var ietekmēt jūras kuģniecības uzņēmumu brīvo izvēli, kas ir pretrunā ar brīvas konkurences principiem.

5. pants

Kārtība ostās un teritoriālajos ūdeņos

1. Katra Līgumslēdzēja Puse uz abpusējiem pamatiem nodrošina otras Līgumslēdzējas Puses kuģiem savās ostās, teritoriālajos ūdeņos un citos tās kontrolētajos ūdeņos tādu pašu attieksmi kā pret saviem kuģiem, kas tiek izmantoti starptautiskajā satiksmē, īpaši tas attiecas uz pieejamību ostām, uzturēšanos ostās un ostu atstāšanu, ostas iekārtu izmantošanu, kas paredzētas preču pārvadāšanai un pasažieru transportam, izmantošanu, kā arī visu pakalpojumu un citu pastāvošo iestāžu pieejamību.

2. 1. rindkopā minētais termins „savstarpēja vienošanās” aptver arī abu Līgumslēdzēju Pušu kuģniecības uzņēmumu tiesības veikt pārstāvniecības darbību atbilstoši likumiem, kas ir spēkā attiecīgajām Līgumslēdzējām Pusēm.

6. pants

Brīvie valūtas pārskaitļumi

Katra Līgumslēdzēja Puse dod tiesības otras Līgumslēdzējas Puses jūras kuģniecības uzņēmumiem izmantot ienākumus par

stungen der Seeschifffahrt in ihrem Hoheitsgebiet für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung in üblicher Frist ins Ausland zu transferieren.

Artikel 7

Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschifffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschießen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8

Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe des Seeschifffahrtsunternehmens oder der Seeschifffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9

Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10

Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

sniegtajiem jūras kuģniecības pakalpojumiem savā teritorijā, lai tos izmantotu kuģniecības maksājumiem vai arī brīvi konvertējamā valūtā parastajā laikā pārskaitītu uz ārzemēm.

7. pants

Darbības sfēras, uz kurām neattiecas šis nolīgums

Šis nolīgums neskar Līgumslēdzēju Pušu teritorijā spēkā esošās tiesiskās normas par:

- a) pirmtiesībām izmantot savas valsts karogu nacionālajā kabotāžā, glābšanas, velkoņu, loču un citos dienestos, uz ko tiesības patur jūras kuģniecības vai citi uzņēmumi, kā arī attiecīgās valsts pavalstnieki, tomēr tā nav kuģošana piekrastes ūdeņos, ja vienas Līgumslēdzējas Puses kuģis pārbrauc starp otras Līgumslēdzējas Puses ostām, lai izkrautu no kādas citas valsts atvestas preces vai izceļtu malā pasažierus vai arī, lai uzņemtu preces un pasažierus pārvadāšanai uz kādu citu valsti;
- b) kuģu pienākumu izmantot loču pakalpojumus;
- c) transporta līdzekļiem, kuri veic nekomerciāla rakstura valsts funkcijas;
- d) darbību, kas saistīta ar jūras izpēti;
- e) pirmtiesībām izdarīt jūras mērījumus savos teritoriālajos ūdeņos.

8. pants

Otras Līgumslēdzējas Puses tiesisko normu ievērošana tās suverēnajā teritorijā

1. Katras Līgumslēdzējas Puses kuģi, kā arī to apkalpes, pasažieri un kravas ir pakļauti otras Līgumslēdzējas Puses suverēnajā teritorijā spēkā esošām tiesiskajām normām.

2. Katras Līgumslēdzējas Puses jūras kuģniecības uzņēmuma vai jūras kuģniecības uzņēmumu kuģi, kamēr tie atrodas otras Līgumslēdzējas Puses teritoriālajos ūdeņos, ir pakļauti tās likumiem un citām tiesiskajām normām par starptautiskajā jūras satiksmē izmantoto kuģu iebraukšanu un izbraukšanu no tās teritorijas, kā arī par šādu kuģu ekspluatāciju un vadību. Šie likumi un tiesiskās normas ir spēkā, ja vienas Līgumslēdzējas Puses kuģis atrodas otras Līgumslēdzējas Puses teritoriālajos ūdeņos.

3. Pasažieriem, apkalpes locekļiem un kravas nosūtītājiem jāievēro katras Līgumslēdzējas Puses suverēnajā teritorijā spēkā esošie likumi un citas tiesiskās normas par pasažieru un apkalpes iebraukšanu, uzturēšanos un izbraukšanu no tās, kā arī preču ieviešanu izvešanu un uzglabāšanu, it īpaši rīkojumi attiecībā uz formalitātēm, kas saistītas ar atļauju uzturēties krastā, muitu, nodokļiem un karantīnu.

9. pants

Pasākumi jūras satiksmes atvieglošanā

Līgumslēdzējas Puses savu likumu un ostās noteiktās kārtības ietvaros veic visus nepieciešamos pasākumus, lai atvieglotu un veicinātu transportu pa jūras ceļiem, lai izvairītos no nevajadzīgas ilgstošas atrašanās ostā, lai pēc iespējas paātrinātu un vienkāršotu muitas un citu ostās nepieciešamo formalitāšu nokārtošanu, kā arī, lai atvieglotu esošo attīrīšanai paredzēto iekārtu izmantošanu.

10. pants

Savstarpēja kuģa mērgrāmatu un citas kuģa dokumentācijas atzīšana

1. Vienas Līgumslēdzējas Puses kuģa dokumentāciju, kas izdo-ta un atzīta saskaņā ar attiecīgām starptautiskajām vienošanām un, kas atrodas uz šīs Līgumslēdzējas Puses kuģa, atzīst arī otra Līgumslēdzēja Puse.

(2) Schiffe, die einen von einer Vertragspartei anerkannten Meßbrief vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühren werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11

Reisedokumente für Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtsbuch und für die Republik Lettland der Paß oder das Seefahrtsbuch.

Artikel 12

Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafens aufzuhalten.

Erforderlich sind in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Lettland die in Artikel 11 Absatz 2 genannten Reisedokumente.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchreisen, um sich zum Zweck seiner Heimschaffung oder aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund, auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben. Die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffsbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten

2. Kuçi, kuri uzrāda otras Līgumslēdzējas Puses atzītu mērgrāmatu, tiek atbrīvoti no atkārtotas mērījumu izdarīšanas otras Līgumslēdzējas Puses ostās. Šie dokumenti tiek ņemti par pamatu aprēķinot ostas nodevas.

11. pants

Apkalpes locekļu braukšanas dokumenti

1. Katra Līgumslēdzēja Puse atzīst otras Līgumslēdzējas Puses atbildīgo iestāžu izdotos braukšanas dokumentus un nodrošina šo dokumentu īpašniekiem 12. pantā minētās tiesības.

2. Vācijas Federatīvajā Republikā par braukšanas dokumentu atzīst ārzemju pasi vai jūmieka grāmatiņu un Latvijas Republikā – jūmieka grāmatiņu.

12. pants

Apkalpes locekļu iebraukšana, caurbraukšana un uzturēšanās

1. Katra Līgumslēdzēja Puse atļauj otras Līgumslēdzējas Puses kuģu apkalpes locekļiem, kuri ir kāda no 11. pantā minēto braukšanas dokumentu īpašnieki, kuģim uzturoties kādā no ostām, atstāt kuģi un uzturēties krastā otras Līgumslēdzējas Puses ostas pilsētas teritorijā bez iepriekš saņemtas uzturēšanās atļaujas (vīzas) saskaņā ar attiecīgajiem šajā valstī esošajiem likumiem un citiem rīkojumiem.

Šādos gadījumos ir nepieciešami:

- krastā uzturēšanās atļauja Vācijas Federatīvajā Republikā;
- 11. panta 2. punktā minētie braukšanas dokumenti Latvijas Republikā.

2. Katrs apkalpes loceklis, kurš ir kāda no 11. pantā minēto braukšanas dokumentu īpašnieks un pirms iebraukšanas ir saņēmis uzturēšanās atļauju (vīzu), drīkst izbraukt caur otras Līgumslēdzējas Puses teritoriju ar nolūku nokļūt uz sava vai cita kuģa, lai nokļūtu savā dzīves vietā vai arī citu iemeslu dēļ, kurus atbildīgās otras Līgumslēdzējas Puses iestādes atzinušas par svarīgiem. Attiecīgā uzturēšanās atļauja (vīza) jāizsniedz iespējami īsā laikā.

3. Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes dod stacionārai ārstēšanai nepieciešamo uzturēšanās atļauju vienas Līgumslēdzējas Puses teritorijā kuģa apkalpes loceklim, ja tas tiek ievietots slimnīcā.

4. Abas Līgumslēdzējas Puses patur sev tiesības atteikties dot iebraukšanas atļauju to teritorijās nevēlamām personām, ja arī šīs personas ir kāda no 11. pantā minēto braukšanas dokumentu īpašnieces.

5. Vienas Līgumslēdzējas Puses diplomātisko un konsulāro pārstāvniecību darbiniekiem, kā arī katras Līgumslēdzējas Puses kuģu kapteiņiem un apkalpes locekļiem ir tiesības savstarpēji sazināties un tikties, ievērojot šajā uzturēšanās valstī spēkā esošos attiecīgos likumus un citus priekšrakstus.

6. Pieņemot iepriekšminētos noteikumus Līgumslēdzēju Pušu rīkojumi attiecībā uz ārzemnieku iebraukšanu, uzturēšanos un izbraukšanu paliek neskarti.

13. pants

Starpgadījumi jūrā

1. Ja vienas Līgumslēdzējas Puses kuģis nogrimst, nokļūst avārijas situācijā, uzskrien uz sēkļa vai nokļūst briesmās kādā citā veidā otras Līgumslēdzējas Puses teritoriālajos ūdeņos, tad šīs otras Līgumslēdzējas Puses attiecīgās iestādes nodrošina kapteinim, apkalpes locekļiem, pasažieriem, kā arī kuģim un tā kravai tādu pašu aizsardzību un palīdzību kā kuģim ar otras Līgumslēdzējas Puses karogu. 1. teikumā minētos starpgadījumus, kas

Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den Seeschiffahrtsverwaltungen und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind, und insbesondere im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

(4) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich des Hafensbetriebs, der Schifffahrtspolitik und in technischen Fragen zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

notikuši ar vienas Līgumslēdzējas Puses kuģi, izmeklē iestādes, kuras katra Līgumslēdzēja Puse norāda otrai Līgumslēdzējai Pusei, ja sabiedrība par to interesējas, bet jebkurā gadījumā, ja šāda notikuma rezultātā kuģis nogrimis vai pamests, vai arī, ja kāds ir gājis bojā, izmeklēšanas rezultātus attiecīgās iestādes pēc iespējas ātrāk nodod otras Līgumslēdzējas Puses attiecīgajām iestādēm.

2. Ja kuģis ir cietis nelaimes gadījumā vai avarējis, Līgumslēdzējas Puses atsakās no ievēdmitas uzlikšanas maksas, nodokļu un visu citu nodevu piedzīšanas, kas jāmaksā par kravu, iekārtām, materiāliem, krājumiem un pārējo kuģa inventāru, ja šie priekšmeti otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā netiek lietoti vai izlietoti.

3. 2. rindkopa neizslēdz Līgumslēdzēju Pušu likumu un citu tiesisko normu piemērošanu attiecībā uz pagaidu preču uzglabāšanu.

14. pants

Jauktā jūras kuģniecības komisija un konsultācijas

1. Lai nodrošinātu šī nolīguma efektīvu pielietojumu, tiek izveidota jaukta jūras kuģošanas komisija, kuras sastāvā ietilpst jūras kuģniecības pārvaldes un Līgumslēdzēju Pušu ieceltie eksperti.

2. Šī komisija izskata abām pusēm interesējošus jautājumus, it īpaši jautājumus, kas saistīti ar:

- Līgumslēdzēju Pušu jūras kuģniecības uzņēmumu un kuģu darbību, kuri uztur jūras satiksmi starp abām Līgumslēdzējām Pusēm, un it īpaši saistīti ar darbību, kas izriet pielietojot vienošanos par Līnijkonferenču rīcības kodeksu;
- visiem nosacījumiem, kas jāievēro jūras satiksmes pienācīgai norisei;
- abu Līgumslēdzēju Pušu jūras kuģniecības uzņēmumu un jūras kuģniecības iestāžu divpusējām konsultācijām;
- miermīlīgu strīdu atrisināšanu, tai skaitā arī tādu strīdu, kas rodas šī nolīguma skaidrojuma rezultātā.

3. Līgumslēdzējas Puses apņemas ievērot abpusēja izdevīguma un nediskriminējošas izturēšanās principus pret abu Līgumslēdzēju Pušu jūras kuģniecības uzņēmumiem un kuģiem.

4. Jauktā jūras kuģošanas komisija sanāk kopā pēc vienas Līgumslēdzējas Puses ierosinājuma ne vēlāk kā 3 mēnešus pēc šī ierosinājuma iesniegšanas.

15. pants

Tehniskā sadarbība

Līgumslēdzējas Puses stimulēs abu valstu jūras kuģniecības uzņēmējus un ar jūras kuģniecību saistītās institūcijas, meklēs un attīstīs visas iespējamās sadarbības formas, it īpaši ostu ekspluatācijas, kuģniecības politikas un tehnisko jautājumu jomā.

16. pants

Nolīguma stāšanās spēkā

Šis nolīgums stājas spēkā tajā dienā, kad abas Līgumslēdzējas Puses apmainījušas ar notām par to, ka ir izpildīti konstitucionālie priekšnoteikumi, lai šis nolīgums stātos spēkā. Par spēkā stāšanās dienu tiek uzskatīta diena, kad ir saņemta pēdējā nota.

Artikel 17**Geltungsdauer, Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Geschehen zu Riga am 5. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

17. pants**Derīguma termiņš, pārtraukšana**

1. Šis nolīgums tiek slēgts uz nenoteiktu laiku.
2. Šo nolīgumu katra Līgumslēdzēja Puse var anulēt, paziņojot par to ar notu 6 mēnešus iepriekš.

Noslēgts Rīgā 1993. gada 5. aprīlī divos oriģināleksemplāros, katrs no tiem vācu un latviešu valodā, turklāt visiem tekstiem ir vienāds juridisks spēks.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas Valdības vārdā
Günther Krause
Peter Rondorf

Für die Regierung der Republik Lettland
Latvijas Republikas Valdības vārdā
Dansbergs

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich von Regelungen nach dem Übereinkommen
über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung
der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen
und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung

Vom 11. November 1994

Die nachstehend aufgeführten Regelungen nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224), sind für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Regelung Nr. 1

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer für asymmetrisches Abblendlicht und/oder Fernlicht, die mit Glühlampen der Kategorie R 2 ausgerüstet sind

(Neufassung der Regelung Nr. 1 BGBl. 1989 II S. 802)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 2

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Glühlampen, die in Scheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht und Fernlicht oder für eines der beiden verwendet werden

(Neufassung der Regelung Nr. 2 BGBl. 1989 II S. 802)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 3

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Rückstrahler für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger

(BGBl. 1969 II S. 1729, 1768; 1982 II S. 630; 1989 II S. 514)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 4

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Beleuchtungseinrichtungen für das hintere Kennzeichenschild von Kraftfahrzeugen (mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen) und ihren Anhängern

(BGBl. 1969 II S. 1729, 1793; 1980 II S. 775)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 5

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeug-„Sealed-Beam“-Scheinwerfer (SB-Scheinwerfer) für europäisches asymmetrisches Abblendlicht oder Fernlicht oder für beides

(BGBl. 1969 II S. 1729, 1803)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 6

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrtrichtungsanzeiger für Kraftfahrzeuge (mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen) und ihre Anhänger

(BGBl. 1969 II S. 1729, 1831)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 7

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Begrenzungsleuchten, Schlußleuchten, Bremsleuchten und Umrißleuchten für Kraftfahrzeuge (mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen) und ihre Anhänger

(Neufassung der Regelung Nr. 7 BGBl. 1991 II S. 432)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

Regelung Nr. 8

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer mit Halogenlampen (H₁-, H₂-, H₃-, HB₃-, HB₄- und/oder H₇-Lampen) für asymmetrisches Abblendlicht oder für Fernlicht oder beides und der zugehörigen Lampen

(Neufassung der Regelung Nr. 8 BGBl. 1973 II S. 841; 1979 II S. 305)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 10

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Funkentstörung

(BGBl. 1970 II S. 57; 1972 II S. 256; 1979 II S. 381)

Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 11

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Türschlösser und Türaufhängungen

(Neufassung der Regelung Nr. 11 BGBl. 1989 II S. 634)

Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 12

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich des Schutzes des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen

(Neufassung der Regelung Nr. 12 BGBl. 1989 II S. 530)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	13. Mai 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 13

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Bremsen

(BGBl. 1980 II S. 1474; 1986 II S. 608; 1989 II S. 770)

Dänemark	am	2. April 1994
Finnland	am	19. April 1994
Norwegen	am	24. Mai 1993
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Spanien	am	6. Februar 1989
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 14

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Verankerungen der Sicherheitsgurte in Personenkraftwagen

(BGBl. 1972 II S. 905; 1982 II S. 481; 1989 II S. 917)

Polen	am	3. Juni 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 16

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Sicherheitsgurte für erwachsene Personen in Kraftfahrzeugen

(BGBl. 1972 II S. 1561)

Polen	am	6. Juni 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 17

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Sitze, ihrer Verankerungen und Kopfstützen

(Neufassung der Regelung Nr. 17 BGBl. 1992 II S. 279)

Polen	am	3. Juni 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 18

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Sicherung gegen unbefugte Benutzung

(Neufassung der Regelung Nr. 18 BGBl. 1985 II S. 1094)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 19

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Nebelscheinwerfer für Kraftfahrzeuge

(BGBl. 1972 II S. 905, 965; 1980 II S. 775; 1994 II S. 2427)

Polen	am	6. Juni 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

Regelung Nr. 20

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer mit Halogenglühlampen (H₄-Lampen) für asymmetrisches Abblendlicht oder für Fernlicht oder für beides

(BGBl. 1972 II S. 445, 513; 1980 II S. 775; 1991 II S. 474)

Polen	am	6. Juni 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 21

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Innenausstattung

(BGBl. 1973 II S. 1137)

Jugoslawien, ehemaliges	am	20. Juli 1991
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	20. Juli 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 22

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Schutzhelme und ihrer Visiere für Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern, Fahrrädern mit Hilfsmotor und Mopeds

(Neufassung der Regelung Nr. 22 BGBl. 1993 II S. 44)

Polen	am	13. November 1992
-------	----	-------------------

Regelung Nr. 23

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Rückfahrscheinwerfer für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger

(BGBl. 1973 II S. 1137, 1166; 1980 II S. 775)

Österreich	am	23. Juli 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 24

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge mit Dieselmotor hinsichtlich der Emission luftverunreinigender Stoffe aus dem Motor

(BGBl. 1973 II S. 1137, 1179; 1980 II S. 775; 1982 II S. 481)

Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 25

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von in Fahrzeugsitze einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen

(Neufassung der Regelung Nr. 25 BGBl. 1992 II S. 182)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 26

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer vorstehenden Außenkanten

(BGBl. 1975 II S. 1045)

Jugoslawien, ehemaliges	am	20. Juli 1991
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 27

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Warn-dreiecke

(BGBl. 1988 II S. 158)

Luxemburg	am	28. August 1990
Polen	am	13. November 1992

Regelung Nr. 28

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Einrichtungen für Schallzeichen und der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Schallzeichen

(BGBl. 1975 II S. 1045, 1061)

Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 30

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Luftreifen für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger

(BGBl. 1977 II S. 513; 1986 II S. 169)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 34

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Verhütung von Brandgefahren

(BGBl. 1983 II S. 626)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

Regelung Nr. 35

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Anordnung der fußbetätigten Einrichtungen

(BGBl. 1992 II S. 183)

Belgien	am	10. November 1975
Dänemark	am	24. März 1981
Finnland	am	13. Februar 1978
Frankreich	am	10. September 1978
Jugoslawien, ehemaliges	am	17. Dezember 1983
Niederlande	am	2. Mai 1988
Norwegen	am	24. Februar 1988
Rumänien	am	5. Juni 1981
Russische Föderation ²⁾	am	17. Februar 1987
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Sowjetunion, ehemalige	am	17. Februar 1987
Spanien	am	18. Juni 1984
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	18. September 1982
Ungarn	am	14. November 1988
Vereinigtes Königreich	am	10. November 1975

Regelung Nr. 37

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Glühlampen zur Verwendung in genehmigten Leuchten von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern

(BGBl. 1978 II S. 413)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 38

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Nebelschlußleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger

(BGBl. 1978 II S. 1252)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 39

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Geschwindigkeitsmeßeinrichtung einschließlich ihres Einbaues

(BGBl. 1983 II S. 584)

Finnland	am	12. April 1991
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 40

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Krafträder hinsichtlich der Emission luftverunreinigender Gase aus Motoren mit Fremdzündung

(BGBl. 1983 II S. 584; 1993 II S. 110)

Finnland	am	12. April 1991
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Vereinigtes Königreich	am	26. April 1990

Regelung Nr. 41

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Krafträder hinsichtlich ihrer Geräuscentwicklung

(BGBl. 1994 II S. 375)

Belgien	am	16. Oktober 1982
Finnland	am	5. Juli 1988
Italien	am	1. Juni 1980
Jugoslawien, ehemaliges	am	1. April 1985
Luxemburg	am	1. Mai 1984
Norwegen	am	24. Mai 1993
Polen	am	13. November 1992
Russische Föderation ²⁾	am	17. Februar 1982
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Sowjetunion, ehemalige	am	17. Februar 1982
Spanien	am	1. Juni 1980
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	1. August 1980
Ungarn	am	26. März 1984

Regelung Nr. 42

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer vorderen und hinteren Schutzeinrichtungen (Stoßstangen usw.)

(BGBl. 1983 II S. 626)

Finnland	am	12. April 1991
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 43

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung des Sicherheitsglases und der Verglasungswerkstoffe

(Neufassung der Regelung Nr. 43 BGBl. 1990 II S. 854)

Norwegen	am	24. Mai 1993
Polen	am	13. November 1992
Portugal	am	20. August 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ Vertragspartei war bis zu ihrer Auflösung die Sowjetunion (BGBl. 1992 II S. 1016).

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ Vertragspartei war bis zu ihrer Auflösung die Sowjetunion (BGBl. 1992 II S. 1016).

Regelung Nr. 44

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Rückhalteeinrichtungen für Kinder in Kraftfahrzeugen

(BGBl. 1984 II S. 458; 1987 II S. 294; 1992 II S. 75)

Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	1. Januar 1992
Italien	am	29. Januar 1989
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 45

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Scheinwerfer-Reinigungsanlagen für Kraftfahrzeuge und der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Scheinwerfer-Reinigungsanlagen

(BGBl. 1986 II S. 575)

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 46

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Rückspiegeln und die Anbringung von Rückspiegeln an Kraftfahrzeugen

(Neufassung der Regelung Nr. 46 BGBl. 1991 II S. 1030)

Norwegen	am	24. Mai 1993
Österreich	am	23. Juli 1990
Polen	am	3. Juni 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	24. März 1989
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 47

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrräder mit Hilfsmotor (Motorfahrräder, Mopeds) hinsichtlich der Emission luftverunreinigender Gase aus Motoren mit Fremdzündung

(BGBl. 1981 II S. 930)

Finnland	am	12. April 1991
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 48

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich des Anbaus der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen

(BGBl. 1983 II S. 435)

Finnland	am	19. April 1994
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 49

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Dieselmotoren hinsichtlich der Emission luftverunreinigender Gase

(Neufassung der Regelung Nr. 49 BGBl. 1992 II S. 246; 1993 II S. 807)

Finnland	am	22. Mai 1989
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 50

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Begrenzungsleuchten, Schlußleuchten, Bremsleuchten, Fahrtrichtungsanzeigern und Beleuchtungseinrichtungen für das hintere Kennzeichenschild für Fahrräder mit Hilfsmotor, Krafträder und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge

(BGBl. 1986 II S. 1012)

Luxemburg	am	28. August 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Spanien	am	9. Juni 1992
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 51

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge mit mindestens vier Rädern hinsichtlich ihrer Geräuschentwicklung

(BGBl. 1994 II S. 3)

Belgien	am	15. Juli 1982
Finnland	am	5. Juli 1988
Frankreich	am	17. Februar 1987
Italien	am	6. Mai 1983
Jugoslawien, ehemaliges	am	5. Januar 1985
Luxemburg	am	1. Mai 1984
Niederlande	am	21. Juni 1985
Norwegen	am	24. Mai 1993
Polen	am	13. November 1992
Rumänien	am	3. Februar 1984
Russische Föderation ²⁾	am	17. Februar 1987
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Sowjetunion, ehemalige	am	17. Februar 1987
Spanien	am	15. Juli 1982
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	4. Januar 1983
Ungarn	am	26. März 1984
Vereinigtes Königreich	am	16. August 1993

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ Vertragspartei war bis zu ihrer Auflösung die Sowjetunion (BGBl. 1992 II S. 1016).

Regelung Nr. 52

Einheitliche Bedingungen hinsichtlich des Baues von Kraftomnibussen (Omnibussen, Gesellschaftswagen) mit geringer Sitzplatzanzahl

(BGBl. 1982 II S. 770)

Luxemburg	am	21. Januar 1994
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	21. Januar 1994
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	10. Februar 1992
Ungarn	am	21. März 1993

Regelung Nr. 53

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Krafträder hinsichtlich des Anbaus der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen

(BGBl. 1986 II S. 1012)

Luxemburg	am	28. August 1990
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 54

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Luftreifen für Nutzfahrzeuge und ihre Anhänger

(BGBl. 1986 II S. 718)

Polen	am	6. Juni 1992
Portugal	am	11. August 1989
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993

Regelung Nr. 56

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Scheinwerfer für Mopeds und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge

(BGBl. 1986 II S. 1012)

Belgien	am	7. August 1990
Luxemburg	am	28. August 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Spanien	am	8. Mai 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 57

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Scheinwerfer für Krafträder und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge

(BGBl. 1986 II S. 1012)

Belgien	am	7. August 1990
Luxemburg	am	28. August 1990

Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 58

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von

- I. Einrichtungen für den hinteren Unterfahrschutz,
- II. Fahrzeugen hinsichtlich des Anbaus von Einrichtungen eines genehmigten Typs für den hinteren Unterfahrschutz,
- III. Fahrzeugen hinsichtlich ihres hinteren Unterfahrschutzes

(BGBl. 1994 II S. 306)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	1. Juli 1983
Italien	am	1. Juli 1983
Jugoslawien, ehemaliges	am	15. Januar 1988
Luxemburg	am	21. Januar 1994
Niederlande	am	2. Mai 1988
Norwegen	am	24. Mai 1993
Polen	am	6. Juni 1992
Rumänien	am	5. April 1985
Russische Föderation ²⁾	am	6. März 1988
Schweden	am	28. Dezember 1983
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Sowjetunion, ehemalige Tschechische Republik ¹⁾	am	6. März 1988
Tschechoslowakei, ehemalige	am	3. November 1985
Ungarn	am	14. November 1988
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 60

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung zweirädriger Kraftfahrzeuge und Fahrräder mit Hilfsmotor hinsichtlich der vom Fahrzeugführer betätigten Bedienteile und der Kennzeichnung von Bedienteilen, Kontrolleuchten und Anzeigevorrichtungen

(BGBl. 1992 II S. 486)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Italien	am	1. Juli 1984
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	2. Mai 1988
Schweden	am	31. August 1984
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	1. Juli 1984
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ Vertragspartei war bis zu ihrer Auflösung die Sowjetunion (BGBl. 1992 II S. 1016).

Regelung Nr. 61

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Nutzfahrzeuge hinsichtlich der außen vorstehenden Teile vor der Führerhausrückwand

(BGBl. 1992 II S. 487)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	15. Juli 1984
Italien	am	15. Juli 1984
Niederlande	am	21. Juni 1985
Rumänien	am	5. April 1985
Russische Föderation ²⁾	am	17. Februar 1987
Schweden	am	29. Dezember 1984
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Sowjetunion, ehemalige	am	17. Februar 1987
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	3. November 1985
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 62

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge mit Lenker hinsichtlich ihrer Sicherung gegen unbefugte Benutzung

(BGBl. 1992 II S. 1111)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	1. September 1984
Italien	am	1. September 1984
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	2. Mai 1988
Norwegen	am	21. Februar 1988
Schweden	am	29. Dezember 1984
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	18. Oktober 1992
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 64

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Fahrzeugen mit Noträdern

(BGBl. 1992 II S. 1088)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. Juli 1987
Italien	am	31. März 1986
Luxemburg	am	21. Januar 1994
Niederlande	am	1. Oktober 1985
Schweden	am	28. Februar 1986
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	29. Mai 1992
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	18. Oktober 1992
Vereinigtes Königreich	am	1. Oktober 1985

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ Vertragspartei war bis zu ihrer Auflösung die Sowjetunion (BGBl. 1992 II S. 1016).

Regelung Nr. 65

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Kennleuchten für Blinklicht für Kraftfahrzeuge

(BGBl. 1994 II S. 108)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. September 1988
Frankreich	am	15. Juni 1986
Italien	am	17. September 1991
Niederlande	am	15. Juni 1986
Norwegen	am	21. Februar 1988
Schweden	am	11. November 1988
Spanien	am	29. Mai 1992
Ungarn	am	14. November 1988
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 66

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Kraftomnibussen hinsichtlich der Festigkeit ihres Aufbaus

(BGBl. 1988 II S. 822)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	24. Mai 1993
Griechenland	am	6. März 1988
Luxemburg	am	21. Januar 1994
Schweden	am	21. September 1990
Spanien	am	6. Juni 1992
Ungarn	am	1. Dezember 1986
Vereinigtes Königreich	am	1. Dezember 1986

Regelung Nr. 68

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Messung der Höchstgeschwindigkeit

(BGBl. 1989 II S. 642)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	1. Mai 1987
Italien	am	1. Mai 1987
Jugoslawien, ehemaliges	am	20. Juli 1991
Luxemburg	am	23. August 1990
Niederlande	am	2. Mai 1988
Ungarn	am	6. Januar 1991
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 69

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Tafeln zur hinteren Kennzeichnung von bauartbedingt langsamfahrenden Kraftfahrzeugen und ihrer Anhänger

(BGBl. 1994 II S. 1023)

Belgien	am	11. November 1988
Dänemark	am	12. September 1988
Finnland	am	24. Mai 1993
Österreich	am	27. April 1990
Rumänien	am	19. September 1987
Schweden	am	15. Mai 1987
Ungarn	am	15. Mai 1987
Vereinigtes Königreich	am	18. August 1990

Regelung Nr. 70

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Tafeln zur hinteren Kennzeichnung schwerer und langer Fahrzeuge

(BGBl. 1994 II S. 970)

Belgien	am	15. Mai 1987
Dänemark ²⁾	am	6. August 1990
Finnland	am	19. April 1994
Italien	am	21. August 1988
Jugoslawien, ehemaliges	am	18. August 1990
Niederlande	am	15. Mai 1987
Schweden	am	11. November 1988
Slowenien ²⁾	am	25. Juni 1991
Vereinigtes Königreich	am	20. März 1990

Regelung Nr. 72

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Kraftscheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht und Fernlicht, die mit Halogenlampen (HS₁-Glühlampen) ausgerüstet sind

(BGBl. 1994 II S. 2746)

Belgien	am	7. August 1990
Dänemark	am	12. September 1988
Italien	am	15. Februar 1988
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	15. Februar 1988
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 73

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Lastkraftwagen, Anhängern und Sattelanhängern hinsichtlich ihres Seitenschutzes

(BGBl. 1990 II S. 361)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	23. Juli 1988
Italien	am	3. Juli 1989
Luxemburg	am	21. Januar 1994
Niederlande	am	1. Januar 1988
Norwegen	am	24. Mai 1993
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	9. Juni 1991
Ungarn	am	21. März 1993
Vereinigtes Königreich	am	1. Januar 1988

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

²⁾ In Übereinstimmung mit der Regelung Nr. 70 Abs. 12 fordert Dänemark eine spezifische Länge von 1400 mm.

Regelung Nr. 75

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Luftreifen für Krafträder

(BGBl. 1992 II S. 184)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	6. Juni 1992
Italien	am	1. April 1988
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	27. Januar 1989
Norwegen	am	24. Mai 1993
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	1. April 1988
Vereinigtes Königreich	am	28. November 1989

Regelung Nr. 76

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Scheinwerfer für Mopeds, die ein Fernlicht und ein Abblendlicht ausstrahlen

(BGBl. 1994 II S. 4)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. September 1989
Niederlande	am	4. Juli 1992
Schweden	am	1. Juli 1988
Ungarn	am	6. Januar 1991
Vereinigtes Königreich	am	27. April 1990

Regelung Nr. 78

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Fahrzeugen der Klasse L hinsichtlich der Bremsen

(BGBl. 1992 II S. 406)

Belgien	am	19. Dezember 1989
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	15. Oktober 1988
Italien	am	15. Oktober 1988
Jugoslawien, ehemaliges	am	22. April 1989
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	27. Januar 1989
Polen	am	13. November 1992
Schweden	am	16. August 1993
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Slowenien ¹⁾	am	25. Juni 1991
Spanien	am	29. Mai 1992
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	1. Januar 1990
Ungarn	am	6. Januar 1991
Vereinigtes Königreich	am	22. November 1990

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

Regelung Nr. 80

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Sitze von Kraftomnibussen sowie dieser Fahrzeuge hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Sitze und ihrer Verankerung

(BGBl. 1990 II S. 481)

Finnland	am	19. April 1994
Frankreich	am	23. Februar 1989
Luxemburg	am	21. Januar 1994
Niederlande	am	23. Februar 1989
Norwegen	am	24. Mai 1993
Schweden	am	21. Januar 1990
Spanien	am	27. März 1994
Ungarn	am	6. Januar 1991
Vereinigtes Königreich	am	23. Februar 1989

Regelung Nr. 81

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Rückspiegeln und die Anbringung von Rückspiegeln an den Lenkern von Kraftfahrzeugen mit oder ohne Beiwagen

(BGBl. 1994 II S. 282)

Belgien	am	7. August 1990
Finnland	am	12. April 1991
Frankreich	am	1. März 1989
Italien	am	1. März 1989
Luxemburg	am	28. August 1990
Niederlande	am	4. Juli 1992
Schweden	am	21. Januar 1990
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	18. November 1992

Regelung Nr. 83

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Emission gasförmiger Schadstoffe aus dem Motor entsprechend den Kraftstoffanforderungen des Motors

(BGBl. 1991 II S. 1122)

Belgien	am	7. August 1990
Frankreich	am	5. November 1989
Italien	am	18. Dezember 1989
Jugoslawien, ehemaliges	am	20. Juli 1991
Luxemburg	am	12. Mai 1991
Niederlande	am	5. November 1989
Polen	am	13. November 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	23. Juli 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	10. August 1990
Ungarn	am	6. Januar 1991
Vereinigtes Königreich	am	28. November 1989

Regelung Nr. 84

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen, die mit einem Verbrennungsmotor ausgerüstet sind, hinsichtlich des Kraftstoffverbrauchs

(BGBl. 1992 II S. 422)

Belgien	am	17. Mai 1992
Dänemark	am	12. April 1991
Finnland	am	24. Mai 1993
Frankreich	am	15. Juli 1990
Italien	am	15. Juli 1990
Luxemburg	am	29. Dezember 1990
Niederlande	am	4. Juli 1992
Österreich	am	4. Mai 1991
Portugal	am	13. November 1992
Schweiz	am	25. August 1992
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	27. August 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	27. August 1991
Ungarn	am	21. März 1993
Vereinigtes Königreich	am	20. Juli 1991

Regelung Nr. 85

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Verbrennungsmotoren, die für den Antrieb von Kraftfahrzeugen der Klassen M und N bestimmt sind, hinsichtlich der Messung der Nutzleistung

(BGBl. 1992 II S. 947)

Belgien	am	17. Mai 1992
Dänemark	am	12. April 1991
Finnland	am	24. Mai 1993
Frankreich	am	15. September 1990
Italien	am	15. September 1990
Niederlande	am	4. Juli 1992
Österreich	am	4. Mai 1991
Portugal	am	13. November 1992
Schweiz	am	8. März 1993
Slowakei ¹⁾	am	1. Januar 1993
Spanien	am	27. August 1991
Tschechische Republik ¹⁾	am	1. Januar 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	27. August 1991
Ungarn	am	21. März 1993
Vereinigtes Königreich	am	20. Juli 1991

Regelung Nr. 89

Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von

- I. Fahrzeugen hinsichtlich der Begrenzung ihrer Höchstgeschwindigkeit,
- II. Fahrzeugen hinsichtlich des Einbaues einer Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtung eines genehmigten Typs,

¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.¹⁾ Erklärung über die Weiteranwendung.

III. Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtungen (BGBl. 1993 II S. 1990)		Niederlande	am	1. November 1992	
		Schweden	am	15. Oktober 1993	
Finnland	am	19. April 1994			
Frankreich	am	26. Januar 1993			Regelung Nr. 91
Italien	am	1. Oktober 1992			Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Seitenmarkierungsleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger
Niederlande	am	16. August 1993			
Vereinigtes Königreich	am	1. Oktober 1992			(BGBl. 1994 II S. 107)
Regelung Nr. 90		Finnland	am	3. April 1994	
Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Ersatz-Bremsbelag-Einheiten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger (BGBl. 1994 II S. 109)		Frankreich	am	13. Dezember 1993	
		Italien	am	20. November 1993	
		Niederlande	am	15. Oktober 1993	
		Schweden	am	15. Oktober 1993	
Dänemark	am	2. April 1994			
Finnland	am	19. April 1994			
Frankreich	am	16. August 1993			
Italien	am	1. März 1993			
Jugoslawien, ehemaliges	am	1. November 1992			Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Januar 1989 (BGBl. II S. 227).

Bonn, den 11. November 1994

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Grube

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland
und dem Department of Energy der Vereinigten Staaten
über den Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet**

Vom 30. November 1994

Die in Washington am 23. November 1994 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und dem Department of Energy der Vereinigten Staaten über den Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet ist nach ihrem Artikel 12 Abs. 1

am 23. November 1994

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. November 1994

Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft, Forschung
und Technologie
Im Auftrag
Knoerich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Department of Energy
der Vereinigten Staaten von Amerika
über den Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet**

Das Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland (BMBF)

und

das Department of Energy
der Vereinigten Staaten von Amerika (DOE) –

in Anerkennung des beiderseitigen Interesses an der wirksamen Nutzung konventioneller und der Entwicklung neuer Energieträger,

in dem Wunsch, die Erreichung dieses Ziels durch einen geregelten Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet zu beschleunigen,

in der Absicht, die erfolgreiche und gegenseitig nutzbringende Zusammenarbeit im Rahmen der am 20. November 1987 unterzeichneten und am 20. November 1992 außer Kraft getretenen Vereinbarung über den Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet durch den Abschluß einer neuen Vereinbarung fortzuführen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Gegenstand

Die Vertragsparteien richten im Rahmen dieser Vereinbarung zum beiderseitigen Nutzen und zur Ergänzung ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Energiesektor einen Austausch von Informationen auf dem Energiegebiet ein. Dieser Austausch umfaßt öffentlich zugängliche wissenschaftlich-technische Informationen über abgeschlossene Energieforschungs- und -entwicklungsvorhaben, laufende Energieforschungs- und -entwicklungsvorhaben, einschlägige Fakten und Zahlen sowie informationstechnische Forschung.

Artikel 2

Austausch von Fachliteratur

(1) Die Vertragsparteien tauschen Informationen aus über Fachliteratur auf dem Energiegebiet, die in ihrem jeweiligen Land veröffentlicht oder herausgegeben wurde. Diese Informationen umfassen Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten (abstracts), Sachregister, Sachklassifikationen und bibliographische Beschreibungen entsprechend internationalen Regeln und Formaten. Die Informationen werden in maschinenlesbarer Form ausgetauscht. Zur einschlägigen Fachliteratur gehören unter anderem Veröffentlichungen in Büchern, Fachzeitschriften, Konferenzdokumenten, Dissertationen, Patenten und Berichten.

(2) Das DOE stellt dem BMBF eine Microfiche-Kopie (falls verfügbar) der gesamten in den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlichten oder herausgegebenen nicht konventionellen Literatur über Energie oder eine Anzeige über das Vorhandensein solcher Literatur zur Verfügung. (Nicht konventionelle Literatur bezieht sich auf Dokumente, die nicht über die üblichen Vertriebswege veröffentlicht werden, z.B. technische Berichte und Konferenzpapiere.)

(3) Das BMBF stellt dem DOE eine Kopie (falls verfügbar) der gesamten in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten oder herausgegebenen nicht konventionellen Literatur über Energie oder eine Anzeige über das Vorhandensein solcher Literatur zur Verfügung.

Artikel 3

Austausch von Referatezeitschriften

(1) Das DOE stellt dem BMBF jeweils einen vollständigen Satz der vom DOE erstellten Zeitschriften mit veröffentlichten Kurzreferaten sowie Bibliographien zur Verfügung (Anlage 1).

(2) Das BMBF stellt dem DOE jeweils eine Kopie der vom Fachinformationszentrum Karlsruhe erstellten Energiebibliographien sowie Probenummern in der Bundesrepublik Deutschland erscheinender neuer Zeitschriften zum Thema Energie zur Verfügung (Anlage 1).

Artikel 4

**Austausch von Informationen über laufende
Energieforschungs- und -entwicklungsvorhaben**

Die Vertragsparteien tauschen mindestens einmal jährlich jeweils eine Kopie der Computerbänder aus, die eine Beschreibung der Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben von BMBF und DOE in einem international anerkannten Format enthalten.

Artikel 5

Austausch von Zahlen und Fakten

Die Vertragsparteien können auch Zahlen und Fakten aus dem Bereich Energie austauschen. Konkrete Kooperations- oder Austauschvorhaben werden dokumentiert.

Artikel 6

Informationstechnische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien entwickeln zusammen gemeinsame Formate, Terminologien sowie andere Instrumente für Speicherung und Austausch von Zahlen, Fakten und bibliographischem Material; sie informieren einander ständig über ihre auf diesem Gebiet durchgeführten Tätigkeiten. Konkrete Kooperationsvorhaben werden dokumentiert.

Artikel 7**Grundsätze für den Informationsaustausch**

(1) Im Rahmen dieser Vereinbarung beachten die Vertragsparteien folgende Grundsätze bei der Durchführung des Informationsaustausches:

- a) Es werden keine rechtlich geschützten Informationen ausgetauscht.
- b) Bei der Übermittlung maschinenlesbarer Informationen wird ein international anerkanntes Format eingehalten.
- c) Die von den Vertragsparteien im Rahmen dieser Vereinbarung ausgetauschten Informationen können von den Behörden in ihrem jeweiligen Staat benutzt werden, dürfen aber nur mit schriftlicher Genehmigung der die Informationen zur Verfügung stellenden Vertragspartei an Dritte weitergegeben werden.
- d) Überläßt eine Vertragspartei derartige Informationen einem Drittstaat, so wird die Vertragspartei, die diese Informationen zur Verfügung gestellt hat, umgehend davon in Kenntnis gesetzt.

(2) Im Hinblick auf die aus diesen Informationen gebildeten Datenbanken gilt folgendes:

- a) Jede Vertragspartei hat das ausschließliche Recht, innerhalb ihres Hoheitsgebiets beliebigen Gebrauch von der Datenbank zu machen.
- b) Jede Vertragspartei kann sich die Eigentums- und Urheberrechte an den von ihr gelieferten Beiträgen vorbehalten. Sie räumt der anderen Vertragspartei jedoch die Rechte ein, die diese für die Verwendung der Informationen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a benötigt.
- c) Es gilt als vereinbart, daß Drittstaaten Rechte an den Datenbanken nur durch einen Beitrag ähnlicher Informationen zu den Datenbanken erwerben können; der Umfang eines solchen Beitrags wird von den Vertragsparteien und dem Drittstaat in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.

(3) Der Austausch von Informationen kann teilweise oder ganz im Rahmen internationaler Tätigkeiten durchgeführt werden, d.h. innerhalb eines Durchführungsabkommens mit der Internationalen Energie-Agentur (IEA); diese Vereinbarung bleibt davon unberührt.

Artikel 8**Organisation und Durchführung**

Zur Überwachung der Durchführung dieser Vereinbarung werden vom BMBF das Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information, und vom DOE

das DOE Office of Scientific and Technical Information als Koordinatoren benannt. Die Koordinatoren nehmen jährlich eine Bewertung des Programms vor, um es auf eventuell notwendige Korrekturen hin zu prüfen. Die Koordinatoren können nach eigenem Ermessen Verbindungsleute zur Erledigung der im Rahmen der Zusammenarbeit anfallenden Routinearbeiten benennen.

Artikel 9**Zusicherung der Richtigkeit**

Die Richtigkeit der im Rahmen dieser Vereinbarung von einer Vertragspartei an die andere Vertragspartei übermittelten Informationen wird von der übermittelnden Vertragspartei nach bestem Wissen und Gewissen zugesichert; die übermittelnde Vertragspartei verbürgt sich jedoch nicht für die Eignung der übermittelten Informationen für eine bestimmte Verwendung oder Anwendung durch die empfangende Vertragspartei oder irgendeinen Dritten.

Artikel 10**Rechtsvorschriften**

Die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung entspricht den jeweiligen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien. Sämtliche während der Geltungsdauer der Vereinbarung auftretenden Fragen werden von den Vertragsparteien in gegenseitigem Einvernehmen geklärt. Die Verpflichtung der Vertragsparteien zur Ausführung der vereinbarten Regelungen sind vom Vorhandensein bewilligter Mittel abhängig.

Artikel 11**Geistiges Eigentum**

Die Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums, das im Verlauf gemeinsamer Tätigkeiten im Rahmen dieser Vereinbarung entsteht oder erbracht wird, sind in Anlage 2 zu dieser Vereinbarung enthalten.

Artikel 12**Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderungen, Kündigung**

(1) Diese Vereinbarung tritt mit der letzten Unterzeichnung in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien in gegenseitigem schriftlichen Einvernehmen geändert oder verlängert werden.

(3) Jede Vertragspartei kann diese Vereinbarung unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei kündigen.

Geschehen zu Washington am 23. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland
Volker Knoerich

Für das Department of Energy
der Vereinigten Staaten von Amerika
Terry Cornwell Rumsey

Anlage 1

US DOE List of Reference Journals:

Current Awareness Publications

Energy Research Abstracts

FIZ Karlsruhe Liste der Fachbibliographien:

Energy Data 1
(Data Compilations in Energy)

Energy Data 2
(Database Guide to Energy)

Anlage 2**Geistiges Eigentum (Artikel 11 der Vereinbarung)**

Die Vertragsparteien gewährleisten angemessenen und wirksamen Schutz des im Rahmen dieser Vereinbarung und einschlägiger Durchführungsvereinbarungen entstandenen oder erbrachten geistigen Eigentums. Die Vertragsparteien vereinbaren, einander rechtzeitig über alle im Rahmen dieser Vereinbarung entstandenen Erfindungen oder urheberrechtlich geschützten Werke zu informieren und rechtzeitig den Schutz solchen geistigen Eigentums zu beantragen. Die Rechte an derartigem geistigen Eigentum werden nach den Bestimmungen der Anlage aufgeteilt.

Abschnitt I**Geltungsbereich**

1. Diese Anlage gilt für alle von den Vertragsparteien oder einschlägigen Stellen (im folgenden als „zusammenarbeitende Stellen“ bezeichnet) aufgrund dieser Vereinbarung gemeinsam durchgeführten Tätigkeiten, sofern die Vertragsparteien oder ihre zusammenarbeitenden Stellen nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben.
2. Für die Zwecke dieser Vereinbarung hat „geistiges Eigentum“ die in Artikel 2 des am 14. Juli 1967 in Stockholm beschlossenen Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum festgelegte Bedeutung.
3. Diese Anlage bezieht sich auf die Aufteilung von Rechten, Anteilen und Gebühren unter den Vertragsparteien oder den zusammenarbeitenden Stellen. Jede Vertragspartei stellt sicher, daß die andere Vertragspartei oder die zusammenarbeitenden Stellen die in Übereinstimmung mit dieser Anlage aufgeteilten Rechte an geistigem Eigentum erhalten können. Im übrigen ändert oder beeinträchtigt diese Anlage nicht die Aufteilung dieser Rechte zwischen einer Vertragspartei und ihren Staatsangehörigen; diese Aufteilung erfolgt nach den Gesetzen und Gepflogenheiten der betreffenden Vertragspartei.
4. Streitigkeiten über das im Rahmen dieser Vereinbarung entstehende geistige Eigentum sollen durch Gespräche zwischen den betreffenden zusammenarbeitenden Stellen oder gegebenenfalls den Vertragsparteien beigelegt werden. Im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien wird eine Streitigkeit einem Schiedsgericht zur bindenden Entscheidung entsprechend den geltenden Regeln des Völkerrechts unterbreitet. Sofern die Vertragsparteien oder die zusammenarbeitenden Stellen nicht schriftlich etwas anderes vereinbaren, gilt die Schiedsordnung der UNCITRAL.
5. Die Beendigung oder das Außerkrafttreten dieser Vereinbarung läßt die Rechte und Pflichten aus dieser Anlage unberührt.

Abschnitt II**Die Aufteilung von Rechten**

1. Jede Vertragspartei hat das Recht auf eine nicht ausschließliche, unwiderrufliche, gebührenfreie Lizenz in allen Ländern

zur Vervielfältigung, öffentlichen Verbreitung und Übersetzung von unmittelbar aus der Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung entstehenden wissenschaftlichen und technischen Zeitschriftenartikeln, Berichten und Büchern. Alle öffentlich verbreiteten Exemplare einer im Rahmen dieser Bestimmung erstellten geschützten Arbeit müssen die Namen der Verfasser des Werks angeben, sofern ein Verfasser nicht ausdrücklich ablehnt, namentlich genannt zu werden. Jede Vertragspartei oder zusammenarbeitende Stelle hat das Recht, eine Übersetzung vor der öffentlichen Verbreitung zu überprüfen.

2. Die Rechte an allen anderen Formen des geistigen Eigentums, mit Ausnahme der in Abschnitt II Nummer 1 beschriebenen Rechte, werden wie folgt aufgeteilt:
 - a) Gastforscher, beispielsweise Wissenschaftler, deren Aufenthalt in erster Linie ihrer Fortbildung dient, erhalten Rechte an geistigem Eigentum im Rahmen von Vereinbarungen, die mit ihrer jeweiligen Gasteinrichtung getroffen werden. Darüber hinaus ist jeder als Erfinder genannte Gastforscher berechtigt, in bezug auf Preise, Prämien, Vergünstigungen oder sonstige Anerkennung entsprechend den Leitlinien der Gasteinrichtung wie ein Staatsangehöriger des Gastlands behandelt zu werden.
 - b) aa) Für das während der gemeinsamen Forschungsarbeiten entstandene geistige Eigentum stellen die Vertragsparteien oder ihre zusammenarbeitenden Stellen gemeinsam einen Technologiemanagementplan auf. Der Technologiemanagementplan enthält die jeweiligen Beiträge der Vertragsparteien und ihre zusammenarbeitenden Stellen, die Vorteile einer Lizenzerteilung nach Hoheitsgebiet oder nach Nutzungsrechten, die Auflagen durch die innerstaatlichen Gesetze der Vertragsparteien sowie andere als sinnvoll erachtete Faktoren. Die erste Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Forschungsbereich kann den Technologiemanagementplan für diese spezielle Zusammenarbeit enthalten.
 - bb) Können sich die Vertragsparteien oder ihre zusammenarbeitenden Stellen innerhalb einer angemessenen Frist von höchstens sechs Monaten von dem Zeitpunkt an, zu dem eine Vertragspartei sich der Entstehung des betreffenden geistigen Eigentums bewußt wird, nicht auf einen gemeinsamen Technologiemanagementplan einigen, so regeln die Vertragsparteien oder die zusammenarbeitenden Stellen die Angelegenheit nach Abschnitt I Nummer 4. Bis zur Regelung der Angelegenheit steht das betreffende geistige Eigentum den Vertragsparteien oder den zusammenarbeitenden Stellen gemeinsam zu, darf jedoch nur im gegenseitigen Einvernehmen kommerziell genutzt werden (einschließlich der Produktentwicklung).
 - cc) Ein spezielles Forschungsprogramm gilt für die Zwecke dieser Anlage nur dann als gemeinsame Forschungsarbeit, wenn es in der einschlägigen Durchführungsvereinbarung als solche bezeichnet wird; andernfalls

erfolgt die Aufteilung der Rechte am geistigen Eigentum nach Abschnitt II Nummer 2 Buchstabe a.

dd) Ist eine der Vertragsparteien der Auffassung, daß ein bestimmtes gemeinsames Forschungsvorhaben im Rahmen dieser Vereinbarung zum Entstehen oder Erbringen von geistigem Eigentum einer Art führen wird, die nicht durch die geltenden Gesetze einer der Vertragsparteien geschützt wird, so kommen die Vertragsparteien umgehend zu Gesprächen zusammen, um die Aufteilung der Rechte an dem besagten geistigen Eigentum festzulegen; die betreffenden gemeinsamen Tätigkeiten werden für die Dauer der Gespräche ausgesetzt, sofern die Gesprächsteilnehmer nicht etwas anderes vereinbart haben. Kann innerhalb von drei Monaten nach der Bitte um Gespräche eine Einigung nicht erzielt werden, so stellen die Vertragsparteien die Zusammenarbeit an dem betreffenden Vorhaben ein.

Abschnitt III

Rechtlich geschützte Informationen

Falls eine rechtzeitig als rechtlich geschützt eingestufte Information im Rahmen dieser Vereinbarung erbracht wird oder entsteht, schützen die Vertragsparteien oder ihre zusammenarbei-

tenden Stellen derartige Informationen nach Maßgabe der geltenden Gesetze, sonstiger Vorschriften und Verwaltungspraktiken. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung dürfen die Vertragsparteien geschützte Informationen, außer an Angestellte, Staatsbedienstete und Haupt- und Unterauftragnehmer, nicht weitergeben. Die weitergegebenen Informationen dürfen nur im Rahmen der Arbeit aufgrund der mit den Vertragsparteien geschlossenen Verträge und für Arbeiten verwendet werden, die sich inhaltlich auf diese weitergegebenen Informationen beziehen. Die Vertragsparteien verpflichten die Empfänger solcher Informationen, diese vertraulich zu behandeln. Erkennt eine der Vertragsparteien, daß sie aufgrund ihrer Gesetze oder sonstiger Vorschriften nicht oder voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die Bestimmungen über die Nichtweitergabe einzuhalten, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei umgehend mit. Die Vertragsparteien konsultieren einander daraufhin, um ein entsprechendes Vorgehen festzulegen. Eine Information kann als geschützt eingestuft werden, wenn eine im Besitz der Information befindliche Person daraus einen wirtschaftlichen Vorteil ableiten oder gegenüber Personen, die nicht im Besitz der Information sind, einen Wettbewerbsvorteil erlangen kann, wenn die Information nicht allgemein bekannt oder aus anderen Quellen öffentlich zugänglich ist und wenn der Eigentümer die Information zuvor anderen nicht ohne die rechtzeitig auferlegte Bedingung, sie vertraulich zu behandeln, zur Verfügung gestellt hat.

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-albanischen Abkommens über den zivilen Luftverkehr

Vom 6. Dezember 1994

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1993 zu dem Abkommen vom 22. April 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über den zivilen Luftverkehr (BGBl. 1993 II S. 2352) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 22 Abs. 1

am 28. März 1994

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-paraguayischen Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 6. Dezember 1994

Das in Asunción am 23. Juni 1993 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay
über kulturelle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 11

am 19. August 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Paraguay
über kulturelle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Paraguay –

in dem Wunsch, die kulturellen und wissenschaftlichen
Beziehungen zwischen beiden Völkern zu vertiefen,

in der Überzeugung, daß der freundschaftliche Austausch und
die gegenseitige Zusammenarbeit das Verständnis für die Kultur
und das Geistesleben sowie die Lebensform des anderen Volkes
fördern werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, die gegenseitige
Kenntnis der Kultur ihrer Länder zu verbessern und einander bei
der Erreichung dieses Zieles zu helfen.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer jeweiligen
Rechtsvorschriften die Gründung und Tätigkeit kultureller und
erzieherischer Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei
im eigenen Land erleichtern und fördern.

(2) Kulturelle und erzieherische Einrichtungen im Sinne des
Absatzes 1 sind Kulturinstitute, Schulen und nichtschulische
Bildungseinrichtungen, Bibliotheken und ähnliche wissenschaftliche
und kulturelle Institutionen. Den entsandten Fachkräften
dieser Institutionen sind im offiziellen Auftrag entsandte oder
anderweitig im offiziellen Auftrag vermittelte wissenschaftlich,
kulturell oder pädagogisch tätige Einzelpersonen gleichgestellt.

(3) Die Vertragsparteien gewähren den entsandten Fachkräften
dieser Einrichtungen sowie den ihnen nach Absatz 2 gleichgestellten
Einzelpersonen und ihren Familienangehörigen im Rahmen
ihrer geltenden Rechtsvorschriften alle für die Durchführung ihrer
Aufgaben im Gastland notwendigen Erleichterungen bei der Ein-
und Ausreise, bei der abgabefreien Ein- und Ausfuhr ihrer per-
sönlichen Effekten und ihres Hausrats sowie bei der Erteilung der
notwendigen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Die in Absatz 2
genannten Fachkräfte können ein Kraftfahrzeug, das mindestens
sechs Monate vor der Übersiedlung benutzt worden ist, für die
Dauer ihrer Entsendung abgabefrei einführen.

(4) Die Vertragsparteien werden um steuerliche und sonstige
Abgabefreiheit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Perso-
nen und Einrichtungen bemüht sein, soweit es die geltenden
innerstaatlichen Gesetze und Verordnungen zulassen.

(5) Der Status der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Personen
und Einrichtungen wird durch eine gesonderte Vereinbarung ge-
regelt, sofern eine der Vertragsparteien dies für erforderlich halten
sollte.

Artikel 3

Auf dem Gebiet der Wissenschaft und des Bildungswesens einschließlich der Hochschulen, allgemeiner und beruflicher Schulen, Organisationen und Einrichtungen der nichtschulischen beruflichen Bildung und Weiterbildung für Erwachsene, Schul- und Berufsbildungsverwaltungen werden die Vertragsparteien, um zur Zusammenarbeit in allen ihren Formen zu ermutigen, bemüht sein:

1. die gegenseitige Entsendung von Delegationen zum Zweck der Information und des Erfahrungsaustausches zu unterstützen;
2. den Austausch von Wissenschaftlern, Hochschulverwaltungspersonal, Lehrkräften, Ausbildern, Studenten, Schülern und Auszubildenden zu Informations-, Studien-, Forschungs- und Ausbildungsaufenthalten zu unterstützen;
3. den Austausch von wissenschaftlicher, pädagogischer und didaktischer Literatur, Lehr-, Anschauungs- und Informationsmaterial und Lehrfilmen sowie die Veranstaltung entsprechender Fachausstellungen zu fördern;
4. die Beziehungen zwischen den Hochschulen beider Länder und anderen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten qualifizierten Studenten und Wissenschaftlern der jeweils anderen Vertragspartei Stipendien für die Aufnahme oder Fortsetzung von Studien, für die berufliche Bildung und zu Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

(2) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß der Nutzen von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, und insbesondere zu diesem Zweck vereinbarter Studienprogramme, von der angemessenen Anerkennung der dabei erworbenen formalen Qualifikation im Heimatland bestimmt wird.

(3) Die Vertragsparteien werden, falls eine Vertragspartei dies wünscht, in Konsultationen eintreten, um zu gewährleisten, daß die bei den Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erworbenen formalen Qualifikationen im Heimatland in einer Weise anerkannt werden, die den Zugang zu beruflichen Tätigkeiten und Laufbahnen auf einem Niveau ermöglichen, das den erworbenen fachlichen Qualifikationen entspricht.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, das Studium der Sprache, der Kultur und der Literatur und des Erziehungswesens des anderen Landes zu fördern.

Artikel 6

Um eine bessere Kenntnis der Kunst, Literatur und verwandter Gebiete des anderen Landes zu vermitteln, werden sich die Vertragsparteien auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bemühen, entsprechende Maßnahmen durchzuführen und einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten, insbesondere

1. bei Gastspielen von Künstlern und Ensembles, bei der Veranstaltung von Konzerten und Theateraufführungen und anderen künstlerischen Darbietungen;

2. bei der Durchführung von Ausstellungen sowie der Organisation von Vorträgen und Vorlesungen;
3. bei der Organisation gegenseitiger Besuche von Vertretern der verschiedenen Bereiche des kulturellen Lebens, insbesondere der Literatur, der Musik, der darstellenden und bildenden Künste, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, zum Erfahrungsaustausch sowie zur Teilnahme an Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen;
4. bei der Förderung von Kontakten auf den Gebieten des Verlagswesens, der Bibliotheken, Archive und Museen sowie bei dem Austausch von Fachleuten und Material;
5. bei der Herausgabe von Übersetzungen von Werken der schöpferischen, wissenschaftlichen und Fachliteratur.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Filmwesens, des Fernsehens und des Hörfunks die Zusammenarbeit der entsprechenden Anstalten in ihren Ländern sowie den Austausch von Filmen und anderen audiovisuellen Medien, die den Zielen dieses Abkommens dienen können, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, den Jugendaustausch, die Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen sowie anderen Institutionen der außerschulischen Jugendbildung zu fördern.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden Begegnungen zwischen Sportlern und Sportmannschaften ihrer Länder ermutigen, und bestrebt sein, die Zusammenarbeit im Bereich des Sports, insbesondere zwischen Schulen und Hochschulen, zu fördern.

Artikel 10

Die Vertreter der Vertragsparteien werden nach Bedarf oder auf Ersuchen einer Vertragspartei abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Paraguay zusammentreten, um die Bilanz des im Rahmen dieses Abkommens erfolgten Austausches zu ziehen und Empfehlungen für die weitere Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifizieren, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren, danach verlängert es sich jeweils stillschweigend um den gleichen Zeitraum, sofern es nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Asunción am dreiundzwanzigsten Juni neunzehnhundertdreiundneunzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Heinz Schnepfen

Für die Regierung der Republik Paraguay
Alexis Frutos Vaesken

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation**

Vom 6. Dezember 1994

Die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Oktober 1946 in der seit 1. November 1974 geltenden Fassung (BGBl. 1957 II S. 317; 1964 II S. 100; 1975 II S. 2206) ist nach ihrem Artikel 1 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Estland	am	13. Januar 1992
Lettland	am	3. Dezember 1991
Litauen	am	4. Oktober 1991

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung des Beitrittsgesuchs abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„The fact that the Government of the Republic of Lithuania has applied for membership with the International Labour Organisation shall in no way affect the legal consequences proceeding from the membership of the Republic of Lithuania therein as the Republic of Lithuania could not avail itself thereof due to foreign occupation of the Republic of Lithuania in the period between 1940–1990.“

„Die Tatsache, daß die Regierung der Republik Litauen die Mitgliedschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation beantragt hat, berührt nicht die aus der Mitgliedschaft der Republik Litauen in der Internationalen Arbeitsorganisation erwachsenden Rechtsfolgen, da die Republik Litauen diese Mitgliedschaft wegen fremder Besetzung der Republik Litauen in der Zeit zwischen 1940 und 1990 nicht in Anspruch nehmen konnte.“

Die genannten Staaten hatten der Internationalen Arbeitsorganisation bereits in der Zeit vom 22. Dezember 1921 bis zum 21. Juli 1940 als Mitglieder angehört.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. November 1994 (BGBl. II S. 3756).

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-georgischen Abkommens
über den Luftverkehr**

Vom 6. Dezember 1994

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. August 1994 zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien über den Luftverkehr (BGBl. 1994 II S. 1238) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 2

am 27. November 1994

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunden sind am 27. Oktober 1994 in Tiflis ausgetauscht worden.

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 16
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung
der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen**

Vom 6. Dezember 1994

Das Übereinkommen Nr. 16 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921 über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen (RGBl. 1929 II S. 383, 386) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Costa Rica am 23. Juli 1991
in Kraft getreten.

Die Internationale Arbeitsorganisation teilte in ihrer Eigenschaft als Depositar ferner mit, daß

Bosnien-Herzegowina mit Wirkung vom 2. Juni 1993,
Kirgisistan mit Wirkung vom 31. März 1992,

dem Tag der jeweiligen Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, als Vertragsparteien des Übereinkommens registriert wurden.

Estland hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 13. Januar 1992, dem Tag der Wiederaufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens notifiziert, das für Estland am 8. September 1922 in Kraft getreten ist.

Kroatien hat dem Verwahrer am 30. Juni 1992 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erlangung seiner Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. Dezember 1929 (RGBl. II S. 754), vom 17. März 1957 (BGBl. II S. 207) und vom 6. Mai 1994 (BGBl. II S. 756).

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zollabkommens über Behälter**

Vom 6. Dezember 1994

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 31. August 1994 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erlangung seiner Unabhängigkeit, als durch das Zollabkommen vom 18. Mai 1956 über Behälter (BGBl. 1961 II S. 837, 985) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 25. April 1962 (BGBl. II S. 805) und vom 9. November 1994 (BGBl. II S. 3755).

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Indonesien**

Vom 6. Dezember 1994

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluß der Konsultationen aufgrund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) gemäß einer an die Regierung von Indonesien gerichteten Verbalnote vom 11. April 1994 festgestellt, daß die folgende völkerrechtliche Übereinkunft mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen ist:

Abkommen vom 16. März 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Indonesien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsschifffahrt.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Indonesien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Mai 1993 (BGBl. II S. 888) und vom 9. November 1994 (BGBl. II S. 3762).

Bonn, den 6. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

Vom 8. Dezember 1994

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für

Estland am 21. Januar 1994

in Kraft getreten; Estland hat seine Beitrittsurkunden am 10. Januar 1994 in London, am 14. Januar 1994 in Moskau und am 22. Dezember 1993 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. August 1994 (BGBl. II S. 2020).

Bonn, den 8. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 9
der Internationalen Arbeitsorganisation über die Stellenvermittlung für Seeleute

Vom 8. Dezember 1994

Die Internationale Arbeitsorganisation teilte in ihrer Funktion als Depositär von Übereinkünften auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts mit, daß

Bosnien-Herzegowina mit Wirkung vom 2. Juni 1993,

dem Tag der Aufnahme Bosnien-Herzegowinas in die Internationale Arbeitsorganisation, als Vertragspartei des Übereinkommens Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juli 1920 über die Stellenvermittlung für Seeleute (RGBl. 1925 II S. 166) registriert wurde.

Estland hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 13. Januar 1992, dem Tag der Wiederaufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens notifiziert, das für Estland am 3. März 1923 in Kraft getreten ist.

Kroatien hat dem Verwahrer notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erlangung seiner Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Mai 1930 (RGBl. II S. 776) und vom 28. Februar 1994 (BGBl. II S. 394).

Bonn, den 8. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-schwedischen Steuerabkommens**

Vom 8. Dezember 1994

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Juni 1994 zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 46 Abs. 2

am 13. Oktober 1994

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunden sind am 13. September 1994 in Stockholm ausgetauscht worden.

Bonn, den 8. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle**

Vom 9. Dezember 1994

Mit Note vom 13. Oktober 1994 teilte der Verwahrer nachträglich mit, daß Liechtenstein bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 25. Juli 1994 den folgenden Vorbehalt zu dem Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (RGBl. 1910 S. 5) angebracht hat:

(Übersetzung)

«... avec la réserve que la disposition contenue dans l'article 53, chiffre 2 de la Convention n'est pas applicable pour la Principauté de Liechtenstein.»

„... mit dem Vorbehalt, daß Artikel 53 Nummer 2 des Abkommens für das Fürstentum Liechtenstein nicht anwendbar ist.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 1994 (BGBl. II S. 3699).

Bonn, den 9. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Protokolls
zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen
auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen**

Vom 9. Dezember 1994

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1993 zu dem Protokoll vom 24. Februar 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1993 II S. 866, 1994 II S. 620) wird bekanntgemacht, daß das Protokoll nach seinem Artikel VI Abs. 1 für

Deutschland am 25. Mai 1994

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunden sind am 25. April 1994 in London, Moskau und Washington sowie bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation in Montreal hinterlegt worden.

Das Protokoll war bereits für die ehemalige

Deutsche Demokratische Republik am 6. August 1989

in Kraft getreten; die Ratifikationsurkunde war am 31. Januar 1989 in Moskau hinterlegt worden.

II.

Das Protokoll ist ferner für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

	Daten der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in				Inkrafttreten
	London	Moskau	Washington	ICAO	
Argentinien	12. Februar 1992	12. Februar 1992	12. Februar 1992		13. März 1992
Australien				23. Oktober 1990	22. November 1990
Belarus				1. Mai 1989	6. August 1989
Bulgarien				26. März 1991	25. April 1991
Chile				15. August 1989	14. September 1989
Dänemark, ohne die Färöer				23. November 1989	23. Dezember 1989
Estland	10. Januar 1994	14. Januar 1994	22. Dezember 1993		21. Januar 1994
Fidschi				21. September 1992	21. Oktober 1992
Griechenland				25. April 1991	25. Mai 1991
Irak		31. Januar 1990			2. März 1990
Irland	26. Juli 1991				25. August 1991
Island				9. Mai 1990	8. Juni 1990
Israel				2. April 1993	2. Mai 1993
Italien				13. März 1990	12. April 1990
Jordanien	18. September 1992				18. Oktober 1992
Jugoslawien, ehemaliges	21. Dezember 1989				20. Januar 1990
Kanada				2. August 1993	1. September 1993
Korea, De- mokratische Volksrepublik		31. Januar 1990			2. März 1990
Korea, Republik				27. Juni 1990	27. Juli 1990

	Daten der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in				Inkrafttreten
	London	Moskau	Washington	ICAO	
Kuwait	8. März 1989				6. August 1989
Mali				31. Oktober 1990	30. November 1990
Malta	14. Juni 1991				14. Juli 1991
Marshall- inseln				30. Mai 1989	6. August 1989
Mauritius			17. August 1989		16. September 1989
Mexiko				11. Oktober 1990	10. November 1990
Monaco				22. Dezember 1993	21. Januar 1994
Norwegen				29. Mai 1990	28. Juni 1990
Österreich	28. Dezember 1989	28. Dezember 1989	28. Dezember 1989	28. Dezember 1989	27. Januar 1990
Oman	27. November 1992				27. Dezember 1992
Peru	7. Juni 1989				6. August 1989
Saudi- Arabien				21. Februar 1989	6. August 1989
Schweden				26. Juli 1990	25. August 1990
Schweiz				9. Oktober 1990	8. November 1990
Sowjetunion, ehemalige				31. März 1989	6. August 1989
Spanien			8. Mai 1991		7. Juni 1991
St. Lucia				11. Juni 1990	11. Juli 1990
St. Vincent und die Grenadinen	29. November 1991				29. Dezember 1991
Togo			9. Februar 1990		11. März 1990
Tschecho- slowakei, ehemalige				19. März 1990	18. April 1990
Türkei				7. Juli 1989	6. August 1989
Uganda				17. März 1994	16. April 1994
Ukraine		3. Januar 1990			2. Februar 1990
Ungarn		7. September 1988			6. August 1989
Usbekistan		7. Februar 1994			9. März 1994
Vereinigte Arabische Emirate			9. März 1989		6. August 1989
Vereinigtes Königreich, für das Königreich in Europa	15. November 1990				15. Dezember 1990
Zentral- afrikanische Republik				1. Juli 1991	31. Juli 1991

III.

Die Vertragszugehörigkeit der ehemaligen Sowjetunion wird durch die Russische Föderation fortgesetzt (vgl. die Bekanntmachung über die Fortsetzung der völkerrechtlichen Mitgliedschaften und Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Russische Föderation vom 14. August 1992, BGBl. II S. 1016).

IV.

Slowenien hat den Verwahrern in London am 27. Mai 1992 und in Washington am 20. August 1992 notifiziert, daß es sich als einer der Rechts-

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 382 08 - 0, Telefax: (02 28) 382 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 · Entgelt bezahlt

nachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, als durch das Protokoll gebunden betrachtet.

V.

Die Tschechische Republik hat dem Verwahrer in Montreal am 25. März 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der ehemaligen Tschechoslowakei, als durch das Protokoll gebunden betrachtet.

Bonn, den 9. Dezember 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann